

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Sarah Sinkovits, Maximilian Oberhammer, Moritz Ritter

Tagesordnungspunkt: 0.16.2. weitere Anträge

## A2: Keine Politik mit Inseraten

### Antragstext

1 Die Stadt Wien schaltete im Jahr 2022 Inserate um insgesamt 25,3 Millionen Euro  
2 – mehr als alle anderen acht Bundesländer zusammen, und lediglich drei  
3 Millionen Euro weniger als die türkis-grüne Bundesregierung.<sup>[1]</sup> Diese hohen  
4 Ausgaben werden vielfach kritisiert

5 Die Problematik bei Inseraten besteht nicht darin, dass sie geschalten werden,  
6 sondern wie und warum. In vielen Fällen steht nämlich nicht das  
7 Informationsbedürfnis, sondern die politische Beeinflussung von Bürger:innen  
8 im Vordergrund. Kurz gesagt: Gekaufte Berichterstattung wird zum immer  
9 häufigeren Verdacht.<sup>[2]</sup>

10 Gleichzeitig entsteht eine immer stärker werdende Abhängigkeit zwischen  
11 Politik und Medien<sup>[3]</sup> – Politische Verantwortungsträger:innen inserieren zu  
12 ihrer politischen Couleur passende Themen und Messages, Medien nutzen dies (vor  
13 allem im Boulevard-Bereich) als Geschäftsmodell. Was ist die Konsequenz? Medien  
14 werden durch politisches Kalkül fügsam gemacht, die vierte Gewalt des Staates  
15 wird geschwächt und die Demokratie wird untergraben.

#### 16 1. Umgang mit Inseraten

17 Grundsätzlich sind Inserate nichts Verwerfliches, wenn es sich tatsächlich um  
18 die Informierung von Bürger:innen mit wichtigen und dringlichen Informationen  
19 handelt. Jedoch ist die Höhe der Inseratenausgaben der Stadt Wien so hoch, ohne  
20 dass ein dringliches Informationsbedürfnis besteht oder ein solches befriedigt  
21 wird.

22 Viel mehr steht der Verdacht im Raum, dass die Großzahl der geschalteten  
23 Inserate viel mehr den politischen Parteien in der Exekutive der Stadt Wien  
24 dienen. Denn Inserate bieten eine Vielzahl an Möglichkeiten das eigene

25 Parteilumfeld, durch Vergabe von Inseraten, wirtschaftlich zu bereichern und die  
26 eigene politische Arbeit und Politiker zu bewerben.

27 Inserate der öffentlichen Hand müssen unserer Auffassung nach sachlich, ohne  
28 Parteibezug und im Verhältnis der Kosten zur Wichtigkeit der Nachricht sein.  
29 Den leichtfertigen Umgang mit Inseraten, die Höhe der Ausgaben dafür, die  
30 intransparente Vergabe, die Vergabe an parteinahe Medien und die starke  
31 Fokussierung auf politische Amtsträger verurteilen wir.

32 **JUNOS Wien fordert eine drastische Reduktion der Ausgaben für Inserate, sowohl**  
33 **von der Stadt Wien als auch von ausgelagerten Unternehmen.**

34 Nichtsdestotrotz erkennt JUNOS Wien die Nützlichkeit von Inseraten der  
35 öffentlichen Hand an, wenn diese einem wichtigen und dringlichen  
36 Informationszweck dienen, wie zum Beispiel Werbung für die Impfung während der  
37 SARS-CoV-2-Pandemie.

38 **JUNOS Wien fordert deshalb Richtlinien zum Umgang mit Inseraten für die**  
39 **Verwaltung und beteiligten Unternehmen.**

## 40 2. Schaltung von Inseraten

41 Bei der Schaltung von Inseraten sollte das Ziel vor allem eines sein:  
42 vollkommene Transparenz. Es soll für Bürger:innen auf den ersten Blick  
43 ersichtlich sein, dass es sich um ein von der Stadt Wien geschaltetes Inserat  
44 handelt.

45 Zum Überblick über alle geschalteten Inserate der Stadt Wien sowie die Kosten,  
46 die durch jene entstehen, setzen wir uns für die Implementierung einer  
47 öffentlich zugänglichen Datenbank ein. Ziel soll sein, dass in der Datenbank  
48 alle Inserate, die die Stadt Wien schaltet, öffentlich verfügbar einsichtlich  
49 sind. Zusätzlich sollen die jeweiligen entstandenen Kosten, der Zeitpunkt, der  
50 Zweck und das Medium ersichtlich sein.

51 **JUNOS Wien fordert daher die Implementierung einer Transparenzdatenbank mit**  
52 **allen notwendigen Informationen über geschaltete Inserate, um es Bürger:innen**  
53 **zu ermöglichen, stets Einsicht in das von der Stadt Wien für Inserate**  
54 **verwendete Steuergeld zu erhalten.**

55 Bereits vor Veröffentlichung des Inserates soll dieses in der Datenbank  
56 ersichtlich sein – eine Frist von 7 Tagen soll ermöglichen, dass man sich

57 nicht erst nach bereits erfolgter Schaltung über das Inserat informieren kann,  
58 sondern bereits davor. Für dringend notwendige Kampagnen, die im öffentlichen  
59 Interesse stehen, soll es eine Ausnahmeregelung von dieser Frist geben.

### 60 3. Kontrolle

61 Um einen transparenten und effizienten Umgang mit Inseraten zu ermöglichen,  
62 dürfen auch entsprechende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten nicht fehlen.  
63 Wir setzen uns dafür ein, dass der Stadtrechnungshof jederzeit eine amtswegige  
64 Prüfung vornehmen kann.

65 Nicht nur die Stadt Wien, sondern auch ausgelagerte Unternehmen sowie  
66 Unternehmen, an denen diese beteiligt ist, sollen der Kontrolle und  
67 Überprüfung durch den Stadtrechnungshof unterliegen. Ab einer Beteiligung von  
68 25% und einer Stimme, was im Gesellschaftsrecht in der Regel die Sperrminorität  
69 darstellt, soll dieses Kontrollrecht schlagend werden. Durch eine solche  
70 Regelung soll vermieden werden, dass im Eigentum der Stadt Wien stehende  
71 Unternehmen wie die Wien Energie ohne Kontrolle Inserate in hohem Ausmaß  
72 schalten.

73 **JUNOS Wien fordert daher die Stärkung der Rolle des Stadtrechnungshof sowie die**  
74 **Erweiterung seiner Prüfkompetenzen.**

75 [\[1\]Wien als Anzeigenkaiser: Die Werbeflüsse aus dem roten Rathaus - Wiener](#)  
76 [Politik - derStandard.at > Inland](#)

77 [\[2\]Stadt Wien gab 57 Prozent mehr für Werbung aus als angekündigt \(profil.at\)](#)

78 [\[3\]Medienpolitik - Bei der Medienfinanzierung ist keine Lösung in Sicht -](#)  
79 [Wiener Zeitung Online](#)